

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 10. 32 Jahrg.

14. März 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88¹. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkowitz, Augustastr. 8-9

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Betlagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

Inhalt:

Hauptteil: Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern. Rundschau. Aus dem Aufruf der Reichsregierung. Allgemeines: Von Grund auf falsch... Neue tarifliche Verständigung im Buchdruckgewerbe. — Die photomechanischen Fächer: Ferien und neue Teuerungszulagen. Ortsberichte: Berlin, Chemigraphen. — Der photographische Mitarbeiter: Wahl des Berliner Gehilfenausschusses zur Berliner Zwangsinnung. — Graphische Technik: Schreib-, Zeichen- und Malgeräte für Kriegsbeschädigte. II. — Totenliste. — Anzeigen. — Beilage: Kassenbericht über das III. Quartal 1918. Adressenverzeichnis der Auskunftsleiter.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Auf Veranlassung der französischen Gewerkschaftszentrale fand im Anschluß an die internationale sozialistische Konferenz in Bern eine internationale Gewerkschaftskonferenz in der Zeit vom 5. bis 9. Februar statt. Gewerkschaftsvertreter aus Frankreich, Schweiz, Deutschland, Deutsch-Osterreich, Ungarn, Böhmen, Schweden, Norwegen, Dänemark, Griechenland, Kanada, Großbritannien, Holland und von der italienischen Landesorganisation im Laufe des Krieges abgesplitterten Unione di Lavoro nahmen daran teil.

Die Konferenz war keine ordnungsgemäße Tagung des internationalen Gewerkschaftsbundes. Die an ihr teilnehmenden Vertreter waren mit Ausnahme der Schweizer, Franzosen und Italiener auf der internationalen Sozialistenkonferenz anwesend und waren beauftragt, an der internationalen Gewerkschaftskonferenz sich zu beteiligen, soweit diese nicht Organisationsfragen des internationalen Gewerkschaftsbundes zum Gegenstand ihrer Beratungen machte. An den Vorbesprechungen, die an den Tagen vor der Gewerkschaftskonferenz zwischen den Gewerkschaftsvertretern auf der Sozialistenkonferenz und den Vertretern des schweizerischen Gewerkschaftsbundes stattgefunden hatten, wurde alleseitig zum Ausdruck gebracht, daß die Angelegenheiten des internationalen Gewerkschaftsbundes nur von diesem allein beraten und entschieden werden können. Dementsprechend wurde auch in der ersten Sitzung der Gewerkschaftskonferenz der Vorschlag der Franzosen, die Frage der Sitzverlegung des Gewerkschaftsbundes zu beraten, abgelehnt. Die Konferenz setzte aber eine Kommission ein, die über die schnelle Herbeiführung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz, in der über die Wiedererrichtung einer aktionsfähigen Internationale beraten wurde und die eine Einigung mit den französischen Delegierten dahin erzielte, daß die Konferenz des Gewerkschaftsbundes zum Anfang Mai einberufen werden solle.

Die wichtigere Arbeit der Konferenz betraf die Frage eines internationalen Arbeiterschutzesprogramms. Bisher lagen zwei solche vor: Das eine war von den Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Belgiens in einer Konferenz in Leeds 1916 beschlossen, das zweite ist das vom internationalen Gewerkschaftsbund im September 1917 in Bern angenommene Arbeiterschutzesprogramm. Die Unterschiede zwischen den beiden Programmen

sind nicht erheblich, und die Gewerkschaftskonferenz machte es zu ihrer Aufgabe, die Differenzen auszugleichen, um zu einem einheitlichen Programm der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu kommen. Die wesentlichste Differenz bestand in der Frage der Freizügigkeit. In Leeds hatte man das »Recht auf Arbeit« überall, wo ein Arbeiter Beschäftigung finden konnte, proklamiert und die öffentliche Organisation der Kontraktarbeit als Aufgabe festgelegt. Der internationale Gewerkschaftsbund dagegen beschränkte sich auf die Proklamation der Freizügigkeit und lehnte im Anschluß an frühere Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse und Gewerkschaftstagungen die Kontraktarbeit ab. Nachdem Jouhaux (Frankreich) erklärt hatte, daß die Franzosen mit ihrer Forderung des Rechts auf Arbeit auch nichts anderes wollen, als was die Deutschen unter dem Begriff der Freizügigkeit verstehen, war der Ausgleich auf der jetzigen Konferenz in Bern schnell herbeigeführt. Die Konferenz übernahm aus dem Programm des Gewerkschaftsbundes den Abschnitt über die Freizügigkeit, ebenso den über das Koalitionsrecht und die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen in allen Fragen des Arbeiterrechts. Ebenso wurde das Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern unter 15 Jahren dem Berner Programm entnommen, aber zugleich wurde die Forderung dahin ergänzt, daß die allgemeine Schulpflicht in allen Ländern durchzuführen sei mit dem Ziel, die allgemeine berufliche Bildung vorzubereiten; die höhere wissenschaftliche Bildung müsse allen zugänglich sein. Die Fähigkeiten und Neigungen der jungen Leute dürfen durch ihre materiellen Existenzbedingungen nicht behindert werden.

Der Schutz der Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren wurde im wesentlichen dem Programm des Gewerkschaftsbundes gemäß gefordert. Die Delegation des englischen Gewerkschaftskongresses, die an der Konferenz teilnahm, ließ zu Protokoll erklären, daß sie jedoch nicht das Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen in Bergwerken bei Arbeiten unter Tage gutheißen könne, weil die englischen Bergarbeiter für die Kohlenhauer die rechtzeitige handwerksmäßige Erlernung dieses Berufes durchgeführt haben. Im übrigen stimmten auch die Engländer für den geforderten Schutz der Jugendlichen.

Hinsichtlich der Forderung eines Maximalarbeitsstages ging die Konferenz über die früheren Programme von Leeds und Bern hinaus, indem sie den sofortigen Übergang zum Achtstundentag, oder zur 48 stündigen Arbeitswoche forderte. Dieser Beschluß wurde damit motiviert, daß heute, nachdem der Achtstundentag durch die Revolution in einer Reihe von Ländern zur gesetzlichen Tatsache geworden ist, und nachdem er in England auf gewerkschaftlichem Wege ebenfalls im wesentlichen durchgeführt wurde, könne von einem längeren Übergangsstadium nicht geredet werden, darüber bestand vollständige Einmütigkeit auf der Konferenz; ebenso in der Forderung des Verbots der Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus

technischen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Ein englischer Antrag, dem Programm einzufügen, daß der freie Samstagnachmittag in allen Ländern anzustreben ist, fand einstimmige Annahme.

Die Forderungen des Gewerkschaftsbundes bezüglich einer zusammenhängenden Ruhepause von 36 Stunden wöchentlich wurden übernommen. Die Forderungen betreffend Hygiene und Unfallverhütung, Heimindustrie, Sozialversicherung, Seeluft, Gewerbeaufsicht usw. wurden ebenfalls übernommen. Darüber hinaus stellte die Konferenz die Forderung auf, daß in allen Arbeitsgebieten, in denen der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters oder einer Arbeiterin zu einer gesitteten Lebensführung nicht hinreicht und in denen der Abschluß von Lohnvereinbarungen durch Arbeiterverbände sich als unmöglich erweist, paritätisch zusammengesetzte Lohnämter zu errichten sind, mit der Aufgabe, rechtsverbindliche Lohnsätze aufzustellen.

Eine Neugestaltung erfuhr das Programm des Gewerkschaftsbundes hinsichtlich der weiteren Forderungen des internationalen Arbeiterschutzes. Die früheren Programme von Leeds und Bern verlangten die Einsetzung des Arbeitsamts der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz als internationale Zentralstelle für den Arbeiterschutz. Dagegen machten sich auf der jetzigen Konferenz in Bern Bedenken geltend. Man war der Auffassung, daß die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz nicht unter die Kontrolle der Regierungen gebracht werden dürfe, sondern eine freie Organisation für soziale Forschungsarbeiten bleiben müsse. Andererseits wurde besonders von den Engländern und Franzosen, denen sich in der Kommission Jansson (Deutschland) angeschlossen, geltend gemacht, daß der internationale Arbeiterschutz in der Zukunft dem Einfluß der Bürokratie nach Möglichkeit entzogen werden müsse. Die ständige Kommission soll in dauerndem Zusammenwirken mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel und dem internationalen Gewerkschaftsbund bleiben.

Das soldiermaßen umgearbeitete internationale Arbeiterschutzesprogramm der Gewerkschaften wurde auf der Konferenz von Jansson im Auftrage der Kommission begründet und fand nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme. Ein Referat zum gleichen Thema hatte Jouhaux (Frankreich) übernommen, der eine Proklamation aller Länder vorlegte, welche von der Konferenz einstimmig angenommen wurde. Diese Proklamation weist die Arbeiter auf die Notwendigkeit der internationalen Sozialreform und auf die noch größere Notwendigkeit der Beseitigung der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen hin. Die Arbeiter müssen eine internationale Organisation der Arbeit anstreben, sich ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Art sichern und so die Neuordnung vorbereiten, der die Arbeiterwelt zustrebt.

Einem Antrage der Franzosen gemäß nahm die Konferenz zur Frage des Völkerbundes Stellung. Die von Kube (Deutschland) im Auftrage der Kommission vertretene Resolution stellt sich auf den Boden eines

Bundes der Völker, der Freiheit, Gerechtigkeit und die Beseitigung der Kriege bezweckt und alle wirtschaftlichen und politischen Trennungen der Völker beseitigt.

Eine zweite Resolution der französischen Delegierten wurde ebenfalls einstimmig angenommen; sie entbietet den Revolutionen, die in vielen Ländern die Throne stürzten und die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigten, den Gruß der Konferenz. Die Konferenz ehrt das Andenken der Millionen Arbeiter, die in allen Ländern auf den Schlachtfeldern fielen als Opfer derjenigen, die die Gewalt der Waffen dem Rechte der Völker entgegensetzten.

Im Verlaufe der Konferenz richtete Jansson (Deutschland) an die Delegierten der englischen und französischen Gewerkschaften die Anfrage, welche Stellung sie einnehmen zu der Versklavung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und zu der Aufrechterhaltung und Verschärfung der Blockade gegen Deutschland, durch welche Millionen deutscher Arbeiter zur Arbeitslosigkeit und zum Hunger verurteilt werden. Jouhaux (Frankreich) gab hierauf die Erklärung ab,

»daß, trotzdem die Frage heikel sei, er doch erklären müsse, daß die französische Delegation in keinem Falle billige, daß ein siegreiches Land ein besiegtes Land dem Hunger aussetze und die Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit verwende. Unsere Sympathie gilt dem deutschen Volke ebenso wie allen Völkern. Das Elend des deutschen Volkes läßt uns nicht gleichgültig. Allein die Deportationen in Belgien und Nordfrankreich und die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen nach dem Frieden von Brest-Litowsk erschweren unser Vorgehen, das wir gegenüber unserer Regierung einschlagen wollen. Mit diesen Schwierigkeiten muß ganz besonders gerechnet werden angesichts der Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich. Ich wiederhole jedoch in bestimmter Weise, daß nach unserer Ansicht ein siegreiches Volk ein besiegtes Volk nicht zu Hunger und Zwangsarbeit verurteilen darf. Dies wollen wir ohne jede Zweideutigkeit erklärt haben.«

Brunning (England) schloß sich dieser Erklärung an und bemerkte:

»Die Ereignisse des Krieges haben im englischen Volke große Entrüstung gegen das deutsche Volk hervorgerufen. Die englischen Gewerkschaften werden trotzdem alles tun, um die Deutschen nicht der Zwangsarbeit auszusetzen und in den Hunger zu treiben. Die Revolution in Deutschland hat eine Änderung gebracht. Die englischen Gewerkschaften wollen heute einen baldigen Frieden der Versöhnung und werden in diesem Sinne tun, was ihnen möglich ist, können aber für die Aufrechterhaltung der Blockade keine Verantwortung übernehmen.«

Die deutsche Delegation erklärte darauf, daß sie eine andere Stellungnahme der Franzosen und Engländer nicht erwartet hätte; sie verwies insbesondere gegenüber den Franzosen auf das erfolgreiche Einschreiten der deutschen Gewerkschaften gegen die Deportationen. Es sei ihnen nicht nur gelungen, die Einstellung der Deportationen herbeizuführen, sondern sie haben auch großen Massen der Deportierten die Rückkehr in die Heimat ermöglicht. Auch hätten sie ihren ganzen Einfluß für die belgischen Arbeiter mit Erfolg eingesetzt.

Damit war auch diese Angelegenheit zur allseitigen Zufriedenheit erledigt. Es darf festgestellt werden, daß auf dieser internationalen Gewerkschaftskonferenz, auf der zum erstenmal wieder die Gewerkschaftsvertreter von hüben und drüben zusammen waren, irgendwelche Unstimmigkeiten wesentlicher Art nicht zutage traten. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen lediglich die Formulierung des einen oder anderen Punktes in den Beschlüssen, die aber sämtlich einstimmig gefaßt werden konnten. Mit aller Bestimmtheit kann darauf

gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsinternationale bei ihrer bald stattfindenden Tagung wieder neu und kraftvoll erstehen wird.

Rundschau.

Unser Kollege Heinrich Meier in Frankfurt a. M. vollendete am 10. März d. Js. sein 70. Lebensjahr. Er gehört zu den wenigen Alten in Frankfurt, die schon vor der Gründung des Verbandes im dortigen Fachverein agitatorisch tätig waren. Seit der Gründung des Verbandes ist er dort ebenso unermüdet tätig, wie er es im Senefelder-Bund war. Mit regem Eifer wirkte er daher auch für den Zusammenschluß dieser beiden Organisationen. Aber auch in der allgemeinen Arbeiterbewegung wußte Meier seinen Mann zu stellen; er scheute vor keiner noch so harten Pflicht zurück. Trotz alledem ist der jetzt siebzigjährige Kollege gesund und rüstig geblieben, so daß wir von ihm hoffen dürfen, er werde uns mit seiner wertvollen Hilfe noch lange Jahre zur Seite stehen. In dem Gefühl der Dankbarkeit begleiten unsere herzlichsten Glückwünsche den tapferen Kollegen auf seinem ferneren Lebenswege!

Drei Millionen Mitglieder. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände haben nach den neuesten uns vorliegenden Ziffern die Mitgliederzahl von 3 Millionen überschritten. 12 Verbände zählen nach diesen Feststellungen im Februar d. Js. allein 2 369 000 Mitglieder. Von den übrigen 47 Verbänden stehen uns die Abrechnungszahlen vom 3. Quartal 1918 bzw. die Schätzungsziffern der Arbeitslosenstatistik vom 31. Dezember 1918 zur Verfügung. Diese Ziffern dürften aber ebenfalls durch die Masseneintritte seit Beginn des neuen Jahres bei weitem überholt sein.

Übernahme des Kohlsyndikats. Reichsarbeitsminister Bauer stellt in einer Rede in der Nationalversammlung fest, daß in kürzester Frist der Nationalversammlung eine Vorlage zugehen wird, die die Übernahme des Kohlsyndikats auf das Reich als erste Maßnahme vorsieht.

Unerledigte Stellen im Bergbau und in der Landwirtschaft. Nach Mitteilung der »Wirtschaftlichen Demobilisierung« waren am 17. Febr. d. Js. im deutschen Bergbau insgesamt 42 817 Stellen unerledigt, davon 40 760 in Westdeutschland, 657 in Mitteldeutschland und 1400 in Sachsen und Schlesien. Am 27. Januar betrug die Zahl der unbesetzten Stellen noch 81 527. In der deutschen Landwirtschaft waren am 17. Februar 17 823 Stellen unbesetzt.

Anmeldung des Bedarfs an Arbeitskräften. Eine Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 17. Februar 1919 verpflichtet jeden Arbeitgeber, der 5 oder mehr Arbeitskräfte benötigt, deren Zahl, Beschäftigungsarten und Arbeitsplätze binnen 24 Stunden nach Eintritt des Bedarfs bei einem nichtgewerksmäßigen Arbeitsnachweise anzumelden. Wer seinen Bedarf bei verschiedenen nichtgewerksmäßigen Arbeitsnachweisen anmeldet, hat bei der zweiten und jeder nachfolgenden Anmeldung anzugeben, bei welchem Arbeitsnachweise er denselben Bedarf bereits angemeldet hat. Ferner ist auch jede Bereinigung der als offen gemeldeten Arbeitsstellen den betreffenden Arbeitsnachweisen mitzuteilen.

Die landwirtschaftliche Ausnutzung von Exerzier- und Übungsplätzen will das sächsische Ministerium des Innern herbeiführen. Es sollen mehrere Tausend Hektar Acker- und Wiesenland der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Die Luft der Arbeitsräume, wie sie ist und wie sie sein soll. Voll von dem gesundheitlich so schädlichen, keimhaltenden Staube sind die meisten unserer Arbeitsräume und in leichter Weise läßt er sich bei gutem Willen beseitigen. Das sind die Feststellungen, die Dr. v. Carpine gemacht hat und über die er im Archiv für Hygiene berichtet. Die Untersuchungen wurden in einer Möbelfabrik an einer Kehlmaschine, Fräse und Holzschleifmaschine, in der Modellschneiderei einer Maschinenfabrik, in der Gußputzerei einer Maschinenfabrik an Putzmaschinen und an der Schmirgelscheibe, in der Lumpensortiererei einer Papierfabrik, in einer Roßhaarspinnerei etc. vorgenommen. Man stellte in all diesen Betrieben fest, daß die Arbeitsluft voll Staub- und Keimgehalt ist und daß dieser Gehalt durch Staubabsaugung in erheblichem Maße vermindert werden konnte. Die Herabminderung war verschiedenes groß. Wie bedeutungsvoll eine derartige Staubabsaugung aber für die Arbeitergesundheit ist, zeigt die Feststellung, daß in manchen Betrieben durch die Absaugung eine Luft geschaffen wurde, die 50 mal so wenig Staub und Keime enthielt, wie die nicht gereinigte Luft. Den Staub, den der Arbeiter in einer durch Staubabsaugung hygienisch eingerichteten Werkstatt in etwa zwei Monaten einschleudert, den nimmt der Arbeiter in einem unhygienischen Betriebe in einem einzigen Tage in sich auf. Und dabei ist die Staubabsaugung leicht einzuführen. Was haben da die Arbeiter in all den anderen arbeiterhygienischen Fragen vom Kapitalismus zu erwarten, wenn sie gleichgültig abseits stehen?

Aus dem Aufruf der Reichsregierung

vom 1. März d. Js. geben wir den wichtigen Teil wieder, der die wirtschaftliche Seite der Regierungstätigkeit betrifft.

— — — Noch größer als die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Notlage unseres Landes.

Wir können uns nicht aus eigenem Vorrat bis zur neuen Ernte ernähren. Die Blockade zehrt an Marke unseres Volkes. Tagtäglich gehen Tausende an Unterernährung zugrunde. Die Kohlenförderung stockt in erschreckendem Maße. Zahllose Fabrikbetriebe stehen still. Eine ungeheure Armee von Arbeitslosen ist angewachsen. Täglich werden neue Bahnlinsen stillgelegt. Der spärliche Rest brauchbarer Lokomotiven bewältigt auch nicht mehr den notwendigsten Teil an Verkehr und Transport.

Da lautet das erste Gebot: *An die Arbeit!* Nur sie kann uns retten. Jeder Streik führt uns einen Schritt näher dem Abgrund.

Wie in allen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter erklären wir auch heute: Gleichwichtig wie die politische ist uns die wirtschaftliche Demokratie.

Nur sie kann alle Kräfte wecken und am Werke halten, die unsern völligen Untergang abzuwenden vermögen.

Wir sind dabei, das Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie zu schaffen: *Das einheitliche sozialistische Arbeiterrecht auf freierwilliger Grundlage.*

Wir werden die Organe der wirtschaftlichen Demokratie ausbauen: *die Betriebsräte*, wie wir sie schon bei den Verhandlungen mit den Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet und aus Halle vorschlugen, die aus freiesten Wahlen hervorgegangene, berufene Vertreter aller Arbeiter sein müssen.

Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen: *die konstitutionelle Fabrik* auf demokratischer Grundlage. All das in Verbindung mit der *Sozialisierung* der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergwerke und Erzeugung von Energie, zur Übernahme in öffentliche oder gemischt wirtschaftliche Bewirtschaftung der eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können.

Im neuen Deutschland soll Arbeit sozialistische Pflicht sein, Müßiggang und genußsüchtiges Drohnetum mit allen Mitteln unterdrückt und ausgemerzt werden. Vorwärts drum auf dem Wege organisch aufbauender Arbeit.

Wilde Sozialisierungsversuche aber, terroristischer Zwang gegen die Arbeiterschaft, bewaffneter Aufstand, Zerstückelung des Reichs werden wir rücksichtslos bekämpfen. Uns ist jedes Menschenleben heilig. Die Revolution gibt keinen Freibrief auf Raub, Mord und Gewalttätigkeiten aller Art. Über allem steht das Leben des Volkes! — — —

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Von Grund auf falsch

wird der Wert eines Tarifes immer noch von vielen Kollegen beurteilt, das beweist uns deutlich folgende Zuschrift:

Bezugnehmend auf den Artikel: »Brauchen wir noch einen Tarif?« in Nr. 6 der »Graph. Presse« erlaube ich mir folgende abweichende Auffassung. Der Verfasser desselben schreibt unter anderem, daß man in vielen Orten sehnsüchtig auf den Abschluß des Tarifes wartet, um dadurch die geforderte Lohnerhöhung zu erreichen. Hier muß ich nun voll zustimmen, denn auch bei uns im Ort ist dies der Fall. Ob es uns an Energie gefehlt hat, um uns Zulagen zu erringen, will ich nicht erörtern. Jedenfalls, mir ist es als Maschinenmeister nicht gelungen, trotz größter Anstrengung einen höheren Lohn als 35 Mk. zu erreichen. Dabei habe ich schon voriges Jahr ausgemerzt, war allerdings kurze Zeit beim Militär. Was man mit so einem Lohn in der jetzigen Teuerung anfangen kann, wird wohl jeder selbst wissen. Was weiter, als den Tarif selbst, soll uns nun vor solchen Löhnen bewahren. Ein Anfangslohn von 45 Mk. für Ausgelernte wäre jedenfalls annehmbar. Denn je tiefer der Anfangslohn, um so niedriger auch die Löhne der älteren Kollegen. Daß die Lohnsache nicht die Hauptsache des Tarifes ist, liegt klar auf der Hand; wohl aber eine sehr wichtige, denn hier liegt ja die Lebensmöglichkeit eines jeden. Was nützt mir denn mein in vier Jahren erlernter Beruf, wenn ich mich nicht damit ernähren kann. Wenn auch die Zeit schwer und ernst ist, so sehe ich doch nicht ein, warum wieder an erster Stelle der Arbeiter leiden und darben soll. Außerdem ist es wieder unser Beruf, der am meisten leidet muß. Wenigstens hier bei uns im Ort. — Demnach wird es wohl keine gründliche Verknüpfung des Tarifes sein, die in diesen Wünschen zum Ausdruck kommt, sondern eine ganz gerechte Forderung der Arbeiter. —

Auch wir halten einen Lohn von 35 Mk. für den Ausgelernten heute für völlig ungenügend, er bedarf dringend der Aufbesserung. Es besteht auch nirgends

die Absicht, einen solch niedrigen Satz festzulegen. Die Löhne über den einmal festgesetzten Mindestlohn zu erhöhen, ist aber die Aufgabe der Verbandskollegen, auch wenn ein Tarif besteht. Der Mindestlohn ist das Fundament, tiefer darf der Lohn auch im schlimmsten Falle nicht sinken. Das ist das unschätzbare Mittel, bei schlechter Konjunktur und großer Arbeitslosigkeit die Verelendung zu verhindern.

Daneben aber bleibt es unausgesetzte Pflicht des Einzelnen wie der Gesamtheit, für die Verbesserung der Löhne tätig zu sein. Das ist der Klassenkampf, der auch unter einer Tarifgemeinschaft nicht ruht. Wo der Mindestlohn zum Durchschnitts- oder gar zum Höchstlohn zu werden droht, da haben die Kollegen ihre Pflicht nicht erfüllt. Wer da glaubt, er könne nach einer Tarifrevision sich schlafen legen bis zur nächsten, der ist kein Gewerkschafter.

Neue tarifliche Verständigung im deutschen Buchdruckgewerbe.

Die Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe hatten unter Führung ihrer maßgebenden Organisation, des Deutschen Buchdruckervereins (Sitz Leipzig), in den letzten Wochen im ganzen Reich eine heftige Opposition gegen die im Dezember v. J. durch das Reichs-Demobilisierungsamt auf Antrag des Tarifausschusses für das Buchdruckgewerbe mit Gesetzeskraft ausgestatteten Teuerungszulagen eingeleitet. Eine nach Ansicht der Unternehmer vorschriftswidrig zusammengesetzte Tarifausschußsitzung, die diese Teuerungszulagen dem Demobilisierungsamt zur Genehmigung vorschlug, diente dazu als Vorwand. In Wirklichkeit war aber jene Tarifausschußsitzung nur durch das Fernbleiben des größten Teils der Unternehmervertreter ihrer vorgeschriebenen Beschlußfähigkeit beraubt worden; während die Arbeitervertreter der an sie ergangenen Aufforderung zur Teilnahme an den Verhandlungen der Tarifausschußsitzung am 19. Dezember v. J. sofort Folge leisteten und in treuer Pflichterfüllung bemüht waren, die Interessen ihrer Mandatgeber mit aller Unterschiedenheit zu vertreten. Auf diese Weise setzten sie es damals durch, daß die wohlberechnete Obstruktion der Unternehmer durch Anrufung einer Entscheidung des Demobilisierungsamtes abgewehrt und eine rechtsgültige Beschlußfassung dennoch zustande kam.

Nur dadurch ist gelungen, auch den im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeitern, und zwar sowohl den gelehrten Buchdruckern wie auch dem Hilfspersonal, eine den Teuerungsverhältnissen einigermaßen gerecht werdende Zulage zu sichern. Als aber nun die Unternehmerorganisation sah, daß die von ihr ausgegebene Parole vergeblich war, entfachte sie eine Protestbewegung, in deren Verlauf sogar die Tendenzen einer territorialen Zersplitterung der Reichstarifgemeinschaft wie auch der Ruf »Los von Berlin« stark in Erscheinung traten. Diese Protestbewegung führte nun zur Einberufung einer abermaligen Tarifausschußsitzung, der von den Unternehmern die bestimmte Aufgabe zugewiesen war, die Beschlüsse des Demobilisierungsamtes außer Kraft zu setzen und die dadurch festgelegten Teuerungszulagen wesentlich zu verkürzen.

Diese Vorgänge riefen in den Reihen der bedrohten Arbeiterschaft begriffliche Entrüstung und scharfe Gegenströmungen hervor. Die Gehilfenvertreter traten geschlossen zu der auf den 14. Februar nach Berlin einberufenen Tarifausschußsitzung nicht nur zur Abwehr, sondern zur Durchsetzung von neuen, den veränderten Verhältnissen entsprechenden Forderungen in die Schranken. In viertägigem hartnäckigen Kampf gelang es ihnen denn auch, die vom Reichs-Demobilisierungsamt zur bis 31. März d. J. genehmigten Teuerungszulagen bis zum 31. August d. J. zu verlängern, ferner einen nicht unwesentlichen Zuschuß der Unternehmer für die Buchdruckerhilfen bei Lohnausfall aus verkürzter Arbeitszeit wegen Arbeitsmangels tariflich festzusetzen; daneben wurden noch Vereinbarungen über die Nachzahlung aller bisher vorenthaltenen Teuerungszulagen und über eine umfangreiche und schnelle Unterbringung von Arbeitslosen getroffen. Beachtenswert für die breitere Öffentlichkeit dürfte auch der Umstand sein, daß nach kurzer Debatte der als Instanz für die Übergangswirtschaft in den ersten Revolutions-tagen geschaffene Buchdruckererrat durch einstimmigen Beschluß ab 1. April außer Kraft gesetzt wird, und nach diesem Zeitpunkt nur noch die ordentlichen Tarifinstanzen allein maßgebend sein sollen.

Für das Hilfspersonal wurden die von den Unternehmern ebenso scharf bekämpften Teuerungszulagen gleichfalls bis zum 31. August für alle Druckorte mit tariflichen Abmachungen anerkannt; außerdem wurde ihrem Vertreter bei diesen Verhandlungen vom Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckervereins die Bereitwilligkeit zur Einleitung von Verhandlungen über eine allgemeine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Buchdruckerhilfspersonals erklärt.

Die photomech. Fächer.

Ferien und neue Teuerungszulagen.

Die Verhandlungen des Tarifausschusses, der am 25. und 26. Februar in Berlin tagte, mögen etwas anders verlaufen sein, als es sich dieser oder jener Rechtspartakist im Unternehmerlager erträumt hatte. Der große Protest gegen den Tarifamtsbeschuß endigte mit einer einmütigen angenommenen Erklärung, in der die nachträgliche Bewilligung und Auszahlung der am 27. Dezember 1918 beschlossenen Teuerungszulage anerkannt wurde. Hoffen wir, daß nunmehr keinerlei Beschränkungen über die Vorenthaltung der Rechte der Gehilfen mehr laut werden. Bis hierher konnten die Tarifinstanzen wirken; sollte jetzt noch in irgend einer Firma ein Hindernis gegen die Auszahlung entstehen, dann werden unsere Kollegen selbst in energischer Weise ihr Recht fordern müssen. Im übrigen ergab die Debatte über den Beschäftigungsgrad in einigen Städten ein recht trübes Bild, während die geschäftlichen Verhältnisse in anderen weniger ungünstig sich zeigten.

Die übrige Tagesordnung stellte eigentlich nur eine Vorberatung zur späteren, vielleicht im Mai stattfindenden Revision des Tarifes dar. Wir werden durch die Veröffentlichung des Beschlußprotokolls darüber im einzelnen Bericht geben können. Für heute sei nur soviel gesagt, daß eine abschließende Beurteilung der neugeschaffenen rechtlichen Verhältnisse für unsere Tarifgemeinschaft zur Zeit noch nicht möglich ist. Darum soll diese außerordentlich interessante und wichtige Frage in kleinerem Zirkel nach gründlicher Information vorbereitet werden. Dasselbe wird mit der Lehrlingsfrage, mit den Anträgen auf Beseitigung der Spartenminimallöhne, mit der Neuregelung der Funktionen der Vertrauensleute geschehen. Hoffen wir auf fruchtbringende Vorarbeit durch die dazu gewählten Kommissionen.

Trotz dieser so garnicht abschließenden Wirksamkeit des Tarifausschusses kamen doch zwei Beschlüsse zustande, die die Verhältnisse der Kollegen nicht unerheblich günstiger gestalten. Den Kollegen wird die seit dem 1. Januar fällige Zulage mit dem 1. April um abermals 3 Mk. pro Woche erhöht und die Gültigkeit dieser neuen Erhöhung bis zum 31. August ausgedehnt. Weiter ist es nun endlich gelungen, eine über ganz Deutschland gehende einheitliche Regelung der Ferien zu erzielen. Künftig werden in allen Firmen als Mindestferiensatz gewährt werden müssen: nach einem Jahre 4 Tage, nach 3 Jahren 6 Tage, nach 5 Jahren 9 Tage und nach 8 Jahren 12 Arbeitstage als Ferien. Dabei wird von Prinzipalseite die Erklärung abgegeben, daß für diejenigen Gehilfen, die wieder in ihre alten Stellungen eingerückt sind, die militärische Kriegsdienstzeit angerechnet werden soll.

Mit diesen Zugeständnissen ist die tatsächliche jämmerliche Notlage der Gehilfen nicht beseitigt. Die Bewilligung der Ferien ist nur die zentrale Anerkennung eines fast überall schon bestehenden Zustandes; ihre restlose Durchführung auch bei dem niedrigsten Prinzipal lag ebenso sehr im Interesse der Unternehmer als dem der Gehilfen. Die neuzukommende geringe Teuerungszulage wird bis zu ihrer ersten Auszahlung bereits wieder durch große Preissteigerungen aufgezehrt sein. Eine Schraube ohne Ende. Und die Herabsetzung der Lebensmittelpreise und der Preise für die Industrie-Produkte, für die in der Kriegszeit nur große Gewinne gemacht wurden, läßt immer noch auf sich warten. Das Kunstgewerbe geht betteln.

Ortsberichte.

Berlin, Chemigrphen. In der Mitgliederversammlung vom 6. Februar 1919 gab zunächst Kollege Hehr einen ausführlichen Bericht von den Tarifamtssitzungen. Aus diesem war zu entnehmen, daß bei einer Arbeitszeitverkürzung auf sechs Stunden die volle Teuerungszulage bezahlt werden wird, und zwar bei Stellungenwechsel anteilig. Arbeitszeitverkürzung dürfte aber nur da vorgenommen werden, wo tatsächlicher Arbeitsmangel vorhanden sei. Die Bekanntgabe, daß die Leipziger Prinzipale die Auszahlung der Teuerungszulage bisher verweigert hätten, löste starkes Befremden aus. Der Vorsitzende bespricht dann die Aufgaben der nächsten Tarifausschuß-Sitzung, die in der Hauptsache vorberatender Natur sei. In der Diskussion wurde von einzelnen Rednern sowohl an der völlig unzulänglichen Entlohnung, als auch an der Haltung der Prinzipale scharfe Kritik geübt und die Aufhebung des Tarifes gewünscht. Dabei wurden insbesondere vom Kollegen Ukrow Teile einiger Artikel aus der »Graphischen Presse« verlesen und als gegen die Interessen der Kollegen gerichtet kritisiert. Auch einige andere Kollegen sprachen sich im gleichen Sinne aus. Demgegenüber zeigte Kollege Domak zunächst, wie die kritisierten Artikel entstanden seien. Politische Beeinflussung habe ihm vollkommen fern gelegen, nur dort, wo die politischen Bestrebungen, wie die der Spartakisten, auf Zerstörung der Gewerkschaften hinausliefen, habe er scharf Stellung genommen. Sodann schilderte er in eingehenden

Ausführungen die eigenartige Lage der Chemigraphie, die ohne Tarif unhaltbar sei, auch sei in den Kollegenkreisen des Reiches für eine tariflose Zeit kein Verständnis vorhanden. Im übrigen seien die Artikel in der Hauptsache für die Verhältnisse im Steindruck berechnet gewesen. Nachdem noch einige Kollegen zu diesen Ausführungen das Wort ergriffen, kam auch Kollege Köhler auf die letzteren sowie auf die bevorstehende Tarifrevision zu sprechen. Nach einigen Mitteilungen über die Arbeitslosigkeit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Photogr. Mitarbeiter.

Wahl des Berliner Gehilfen-ausschusses zur Zwangsinnung.

Am Donnerstag, den 27. Februar hatte Herr Obermeister Tiedemann die Gehilfenschaft der Photographeninnungsbetriebe Berlins zur Neuwahl des Gehilfenausschusses geladen. Man tagte im Weihenstephan, Friedrichstr. 176, eines der teuersten Lokale, ohne Rücksicht auf die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Gehilfen der Porträtphotographie. Durch ihren Obmann, den Kollegen Schüller, war ursprünglich ein billigeres Lokal, das auch ebenso geräumig als der Saal des Weihenstephan war, in Vorschlag gebracht. Auch das Datum war wegen der an Ultimo stattgefundenen Lohnzahlung auf den 28. Februar gewählt worden. Falls man aber durch diese Verschiebung den Besuch der Versammlung zu beeinflussen dachte, hatte man sich geirrt. Die Kollegen des Porträtfaches waren ziemlich zahlreich erschienen. Auch war der Versuch, der Gehilfenschaft durch das Erscheinen des gesamten Innungsvorstandes imponieren zu wollen, durchaus verfehlt. Ebenso war es von der Führung der Photographeninnung reichlich unklug, jetzt eine »unverbindliche« Aussprache über Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzelner Firmen herbeiführen zu wollen; die Gehilfenschaft hat Beweise genug in Händen, wie öfter seitens des Innungsvorstandes vor und während der Kriegszeit jeglicher Konnex in dieser Beziehung abgewiesen wurde. Die Gehilfenschaft fand in Kollegen Bawe die geeignete energische Vertretung ihrer Interessen. Da die anwesende Gehilfenschaft für die Wege des Herrn Tiedemann nicht zu haben war, zog sich der unartig geladene Innungsvorstand mit Ausnahme des Herrn Tiedemann zurück und die Wahl konnte von stattem gehen. Die Umständlichkeit, mit der man die Kontrolle über die Anwesenden inszenierte, war dem zünftlerischen Wesen der Zwangsinnung durchaus entsprechend. Das Resultat der Wahl war folgendes: einstimmig und per Akklamation wurden gewählt in den Gehilfenausschuß die Kollegen Bawe, Hoepner und Fieling, als Ersatzpersonen die Kollegen Groß, Heintze und Jüttner; für das Lehrlingswesen die Kollegen Hoepner und Hartmann, als Ersatz Kollege Jüttner; für das Gehilfenwesen die Kollegen Heintze und Bawe, als Ersatz Kollege Groß; für den Gehilfenprüfungsausschuß die Kollegen Hartmann, Bawe und Fräulein Schmiedicke, als Ersatz die Kollegen Heintze, Groß und Jüttner. Diese Besetzung der Gehilfenvertretung in der Berliner Innung bedeutet einen entschiedenen Fortschritt. Als Obmann wurde Kollege Bawe einstimmig gewählt. Die Kollegenschaft dürfte hierdurch in aller nächster Zeit zur intensiven Arbeit kommen, allerdings dann ohne »unverbindliche« Form.

Graphische Technik.

Schreib-, Zeichen-, und Malgeräte für Kriegsbeschädigte.

II. (Nachdruck verboten.)

Allerdings muß in allen Fällen, in denen ein Mensch durch Verlust des rechten Armes zum Linkshänder geworden ist und n. n. mehr auch die Tätigkeiten des Schreibens, Zeichnens oder Malens mit der linken Hand ausüben will, die Ausübung dieser Funktionen sadgemäß erlernt werden, wenn es zu einer ebenso geläufigen und unbehinderten Ausübung dieser Funktionen wie mit der rechten Hand kommen soll. In Berücksichtigung dieser Notwendigkeit sind geeignete Einrichtungen getroffen, um den Kriegsverletzten dieser Art die Aneignung jener Fähigkeiten zu vermitteln. So sind vielfach Kurse zum Erlernen des Schreibens mit der linken Hand eingerichtet worden, in denen die Aneignung des Linksschreibens auf empirisch-wissenschaftlicher Grundlage und mit pädagogischer Gründlichkeit und Exaktheit gelehrt wird. Ebenso sind in vielen kunstgewerblichen Anstalten und Schulen Kurse für Kriegsbeschädigte eingerichtet, in denen Zeichen- und Malunterricht für Hand- oder Armamputierte erteilt wird. Auf der Grundlage der hierbei erzielten Erfahrungen sind dann auch geeignete Schreib- und Zeichengeräte hergestellt worden, die das Erlernen jener Tätigkeiten mit der linken Hand erleichtern und überhaupt notwendig sind, wenn der Beschädigte es zu Ge-

wandtheit und Geläufigkeit in der Linkstätigkeit bei graphischer Arbeit bringen soll. So hat sich herausgestellt, daß für das Schreiben mit der linken Hand die Verwendung besonders eingerichteter Federhalter ein großer Vorteil ist. Bei

sowie auch die Neigung zu dem quälenden Schreibkrampf ein, weil die gewöhnlichen Federhalter speziell für das Schreiben mit der rechten Hand eingerichtet sind, bei welcher die Schreibbewegung nach rechts erfolgt, die Feder aber nach links hin zeigt. Die linke Hand hat beim Schreiben zunächst die Neigung, die entgegengesetzte Bewegung zu machen, und es muß von dem Linksschreibenden gelernt werden, das Schreibgerät so zu halten und zu führen, wie es der Stellung der Feder zur Schreibunterlage beim Rechtsschreiben entspricht, damit er auch beim Schreiben mit der linken Hand eine normale Schrift erlangt. Es werden daher jetzt Federhalter für Linksschreibende hergestellt, die so eingerichtet sind, daß die Feder beim Schreiben von selbst die gleiche Stellung zum Schreiben einnimmt wie beim Rechtsschreiben. Das wird bewirkt durch eine Schrägstellung der Feder zur Achse des Federhalters, wie es die Schreibgeräte a und b in der Abbildung 1 veranschaulichen. Das Schreibgerät c ist überdies mit einer Stütze versehen, die zwischen zwei Finger der linken Hand gesteckt wird und dem Federhalter beim Schreiben einen festen Halt gibt.

Eine andere Einrichtung der Schreibgeräte muß stattfinden, wo es sich nicht um den Verlust, sondern nur um eine mehr oder weniger schwere Verletzung oder Verstümmelung der Hand, etwa den Verlust einzelner Finger oder Fingerglieder, handelt. Um einer solchen verstümmelten Hand den Gebrauch der Schreibgeräte zu ermöglichen, muß dieses eine besondere Form haben, das den noch verbliebenen funktionellen Fähigkeiten der verletzten Hand angepaßt ist. Abbildung 2 gibt einige solcher Schreibgeräte für Handverletzte wieder. Hier ist a ein Federhalter für Schreiber, die den Daumen und Zeigefinger der rechten Hand verloren haben, b ist ein Federhalter mit einer Korkkugel, der bei Verlust oder Steifheit von Ring- und Zeigefinger oder eines derselben ein bequemes Schreiben ermöglicht, indem die Korkkugel schon mit Daumen und kleinem Finger gehalten werden kann und dadurch einen sicheren Griff des Schreibgerätes bewirkt; c ist ein Federhalter zum Schreiben mit nur einem einzigen Finger. In diesem Falle wird der verbliebene einzige Finger durch die Metallschlaufe auf dem Halter gesteckt und zwar derart, daß der Halter unter der Hand liegt, während bei dem in Abbildung d dargestellten Schreibgerät der Halter über

der Hand liegt. Selbstverständlich muß auch in dem Fall gerechnet werden, wo der Verletzte nicht nur die rechte Hand verloren, sondern auch noch eine Verstümmelung der linken Hand erlitten hat. Auch für diese besonders schweren Fälle sind ge-

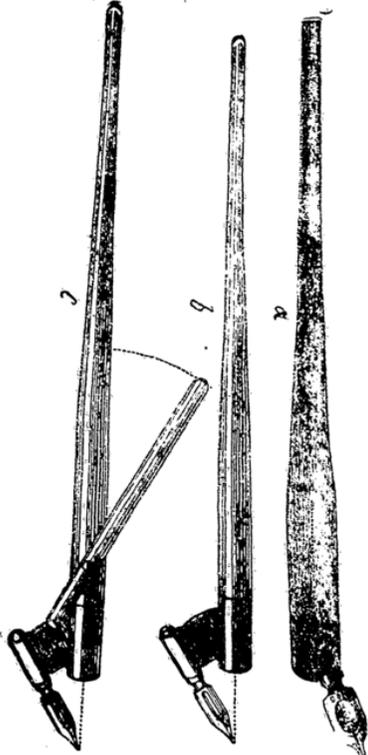


Abb. 1. Federhalter für Linksschreibende

der Verwendung eines gewöhnlichen Federhalters trifft beim Linksschreiben nämlich bald eine Ermüdung

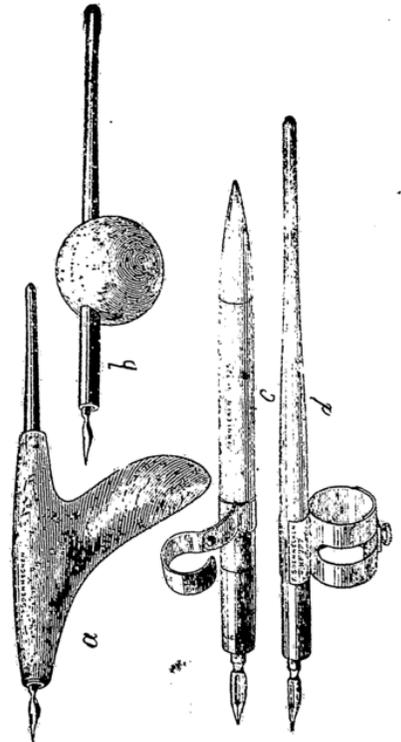


Abb. 2. Schreibgeräte für Handverletzte

eignete Schreibgeräte konstruiert, die ebenso wie die vorerwähnten Schreibgeräte für Handverletzte, dabei jedoch gleichzeitig zum Linksschreiben eingerichtet sind

Totenliste.

1918.

† Am 17. August in Schwabach **Georg Felser**, Lithograph aus Nürnberg, 67 Jahre alt, an Zuckerkrankheit und Entkräftung, Invalide seit 20. Mai 1916. — Eingetreten in Kaufbeuren am 1. Juli 1884.

† Am 28. November in Dresden **Peter Schremmer**, Steindruckere aus München, 43 Jahre alt, an Schwindsucht, krank nach seiner Entlassung vom Militär 3 Wochen. — Eingetreten in Dresden am 6. Februar 1899.

† Am 3. Dezember in Chemnitz **Ernst Heitmann**, Steindruckere aus Chemnitz, 81 Jahre alt, an Altersschwäche und Entkräftung, Invalide seit 26. Januar 1908. — Eingetreten in Chemnitz am 1. Januar 1893.

† Am 3. Dezember in Magdeburg **Otto Bosse**, Reproduktions-Photograph aus Magdeburg, 27 Jahre alt, an Grippe und Lungenentzündung, krank 1 Woche 3 Tage. — Eingetreten in Magdeburg am 20. November 1910 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 28. Mai 1908).

† Am 17. Dezember in Hamburg **Hans Martens**, Hilfsarbeiter aus Lützenssee, 67 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 46 Wochen. — Eingetreten in Wandsbeck am 1. Januar 1893.

† Am 18. Dezember in Hamburg **Wilhelm Arends**, Steindruckere aus Hamburg, 79 Jahre alt, an Altersschwäche und Entkräftung, Invalide seit 23. Januar 1916. — Eingetreten in Hamburg am 1. Januar 1893.

† Am 24. Dezember in Dresden **Eduard Bulst**, Steindruckere aus Rawitsch i. Posen, 64 Jahre alt, an Grippe, krank 1 Woche. — Eingetreten in Dresden am 11. Februar 1882.

† Am 27. Dezember in Dresden **Albert Robel**, Lithograph aus Bautzen, 33 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 20 Wochen. — Eingetreten in Bautzen am 9. April 1904.

† Am 28. Dezember in Esslingen **Johannes Betz**, Steindruckere aus Ludwigsburg i. Wittbg., 27 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 40 Wochen. — Eingetreten in Ludwigsburg i. Wittbg. am 11. Juli 1909.

† Am 30. Dezember in Berlin **Oskar Braßler**, Lithograph aus Berlin, 55 Jahre alt, an Herzleiden, krank 10 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 24. Februar 1895.

† Am 31. Dezember in Berlin **Johann Magerer**, Kupferdrucker aus Niedertraubling, 30 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 11 Wochen. — Eingetreten in München am 12. Januar 1908.

1919.

† Am 14. Januar in Berlin **Robert Heine**, Photograph aus Wolfenbüttel, 29 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 2 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Berlin am 24. November 1918.

† Am 19. Januar in Viersen **Peter Kupferoth**, Steindruckere aus Crefeld, 62 Jahre alt, an Darmtuberkulose, krank 20 Wochen. — Eingetreten in Crefeld am 28. Januar 1906.

† Am 23. Januar in Breslau **Berthold Langner**, Chemigraph aus Bunzlau, 18 Jahre alt, an Nasendiphtheritis und Gelenkentzündung, krank 6 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Breslau am 31. März 1918 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 6. Dezember 1914).

† Am 28. Januar in Berlin **Erich Lange**, Tiefdruck-Retuscheur aus Berlin, 31 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 13. August 1916.

Ehre Ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien, (Rufvornamen, Geburtsjahr und -jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.

Farbenlichtdruck-Positiv-Retuscheure,
Retuscheure,
erfahrene, verlangt
Albert Friach, Berlin W. 35.

welche speziell in Maschinen-Retusche vorzügliches leisten, suchen zum baldigen Antritt
Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg.

Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!

Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fetthaltigen Firnisse und Farben, dieselben drücken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Fredensware, Aquarell-Zellenplatten, Raster, Kreide, usw. erblüht bis zur höchsten Auflage den letzten Punkt mit Stich, auch bei weichen kalkhaltigen Steinen. Übertrifft in jeder Beziehung Steinsöl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe.

Kg. Mk. 8,50 gegen Nachnahme.

Nachbestellungen liefern ein: L. & Co. Hannover 50 Kg. : W.
N. Leipzig 5 Kg. : G. W. Cassel 5 Kg. : G. & D.
Leipzig 5 Kg. : G. L. F. Breslau 5 Kg. : K.
S. Nieder-Editz 5 Kg. : W. & S. Stuttgart 3 Kg. : F. A.
Berlin 2 Kg. : S. & N. Dresden 2 Kg. usw.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel, „Extrakt“ trocknet nicht ein, blüet selbst bei lang-amten Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gumm-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.

„Enoldin“ — Druckpaste — speziell für schlecht zu verdrückende Farben u. Papiere.

„Enol“ — Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, mild im Gebrauch, und nicht feuergefährlich.

empfehlen
H. Schmuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Lithokeren.

Bitte aufbewahren!

Adressenverzeichnis der Auskunftserteiler des Verbandes der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe (Deutscher Senefelderbund). - Herausgegeben am 14. März 1919.

Zur Beachtung! Nachstehend geben wir die Adressen der Auskunftserteiler in den einzelnen Mitgliedschaften bekannt, die zum größten Teil auch als Ortsvorsitzende amtierend. Von der Bekanntheit der internationalen Adressen wollen wir auch diesmal Abstand nehmen. Wer eine internationale Frage hat, wende sich an den internationalen Sekretär Otto Sillier, Berlin N 24, Elsaßerstraße 86-88, III. Ebenso haben wir diesmal wieder davon abgesehen, die zur Mitgliedschaft gehörenden Druckorte anzugeben. Diese sind noch die gleichen, wie sie in den früheren Verzeichnissen angegeben sind. Wir bitten dringend, dieses Verzeichnis, sowie die hierzu noch erscheinenden Nachträge gut aufzubewahren (jede Adressenänderung ist sofort an den Hauptvorstand zu berichten. Der Hauptvorstand.

Aachen: Anton Keppler, Promenadenstraße 17.
Altenburg, S.-A.: Oskar Schimmrich, Fabrikstr. 39, II.
Altona-Ottensen: Albert Kulow, Hamburg 6, Altonaerstr. 68.
Akwasser i. Schl.: Fritz Zappe, Waldenburg i. Schl., Kristerstr. 4 a, 1.
Aschaffenburg a. M.: Julius Oertel, Herrleinstr. 41.
Ascherleben: Robert Bang, Elisabethstr. 2.
Augsburg: A. Gülden, Thomstraße 26.
Barmen: Paul Markus, Erlenstr. 10, II.
Bautzen: Max Schneider, Stiftstr. 6, I.
Berlin: Verbands-Bureau im »Gewerkschaftshaus« Engelfur 15, III. Zimmer 67/68 geöffnet von 10 bis 1 und 4 bis 6 Uhr.
Auskünfte erteilen für:
- Lithogr. Alex. Czech, im Verbandsbureau (siehe oben).
- Steindr.: Gustav Hoffmann, im Verbandsbureau (siehe oben).
- Chemigr.: Max Gragen i. Verb.-Bureau (s. oben).
- Lichtdr.: Fr. Hoengger, O 34, Warschauerstr. 70. Queberg IV.
- Kupferdr.: Emil Henseke, Britz bei Berlin, Runigsstraße 34.
- Photogr.: Arthur Sadina, Berlin Britz, Eberstadt Allee 4.
- Formst.: Karl Weiner, NW 21, Wiciefstr. 23, Queberg I.

Bielefeld: Bernhard Köchling, Blumenstr. 7 I.
Bietigheim i. Würtbg.: K. Baumann, Talstr. 7.
Jonn a. Rh.: R. Schwanitz, Weststr. 5 I.
Bramsche b. Osnabr.: Karl Brinkmann Breuelstr. 22.
Brandenburg a. H.: Konrad Eichler, Kaiser-Friedrichstr. 2, II.
Braunschweig: Albrecht Schulz, Scharnhorststr. 18, III.
Bremen: Heinrich Engelking, Waldseerstr. 11.
Breslau: Paul Lukowitz, Margaretenstr. 28.
Bromberg: Georg Rutschke, Töpferstr. 20, III.
Buchholz i. S.: Ehregott Wagner, Schlettaustraße 32.
Bunzlau in Schlesien: Franz Kaleschke, Rotlacherstr. 55.
Burgstädt i. S.: Gehört jetzt z. Mitgliedschaft Chemnitz.
Cassel: Oskar Speer, Berlepschstr. 2.
Chemnitz: Alban Straube, Sonnenstr. 76, pt.
Coblenz: Karl Möller, Höhr i. Nassau, Schneeberg 44.
Coburg: Gehört jetzt zur Mitgliedschaft Saalfeld a. S.
Cöln a. Rh.: Lithogr., Steindr., Formst., Lichtdr u. Photogr.: Otto Fanknecht, Cöln a. Rh.-Sü z Zülpicherstr. 335, III.
Chemigraphen: Stephan Rebold, Cöln a. Rh.-Sülz, Berrenratherstr. 181, III.
Cöln i. Pom.: Hans Berger, Neue Torstr. 24.
Coswig i. S.: Bruno Knötisch, Radebeul bei Dresden, Nizzastr. 70.
Crefeld: Jos. Bohnes, Vereinsstr. 106.
Crimmitschau i. S.: Hugo Pleißenberger, Leitels-hausstr. 12, II.
Danzig: Oskar Hoffmann, Danzig-Langfuhr, Michaelsweg 60.
Darmstadt: Rudolf Abmuth, Alicestr. 28.
- Formst.: August Schecker, Griesheim b. Darmstadt, Kreuzgasse 16.
Dessau: Ludwig Sinsel, Raguhnstr. 139, I.
Detmold: Josef Kreßler, Brunnenstr. 3.
Dortmund: Willy Sticker, Hagstr. 27, III.
Dresden: Lithograph u. Steindrucker: P. Leinen, Altst. Ritzenbergstraße 2, II, I.
- Chemigr. u. Photogr.: Hans Schäfer, Altst. 19, Wormserstr. 14, I.
- Lichtdr.: Emil Rädcl, Altst. 21, Glashütterstr. 56, II.
Duisburg: Wilh. Gebauer, Freiligrathstr. 15.
Düren, Rhld.: W. Brockmeyer, Rölsdorf, Krs. Düren i. Rhld., Nr 227 b.
Düsseldorf: Willy Gutmann, Werstenstr. 10, II.
Ebersbach i. Sachs.: Max Elmer, Grenzstr. 854b.
Eilenburg: Gustav Appelt, Rödgenstr. 30.
Einbeck (Hann.): Friedr. Rehs, Hohemünsterstr. 11, II.
Elberfeld: Gustav Kalbheisch, Hagenauerstr. 6, II.
Elbing: H. Schink, Aeusserer Marienburgerdamm 14, I.
Emmerich a. Rh.: Heinrich Christiani, Hinter d. Engel 5.
Erfurt: Hermann Eckardt, Auenstraße 25 part.
Essen a. Ruhr: Max Rupp, Dreilindenstr. 55, III.
Esslingen a. Neckar: Ernst Kaiser, Karlsruherstr. 65.
Forbach in Lothringen: Andr. Kiefer, Waldstr. 6.
Frankfurt a. M.: Karl Hensel, Wittelsbacher Allee 139, I.
Frankfurt a. O.: Max Huebner, Roßstr. 8, I.
Freiburg i. B.: Gehört jetzt zur Mitgliedschaft Lehr.
Freiburg i. Schl.: Gehört zu Altwasser i. Schl.
Fürth i. Bayern: Herim. Rieb, Kaiserplatz 3, II.
Gießen a. St.: Alb. Haufmann, Karlstraße 51.
Gera (Reuss): Linus Oehler Darwansstr. 10, III.
Glauchau i. S.: Gehört jetzt zu Zwickau i. S.
Gleiwitz i. O.-Schl.: W. Zimanevicz, Lange Str. 4, II.
Glogau i. Schl.: Franz Zimmer, Polnischestr. 21.
Güppingen i. Würtbg.: A. Ions Kühnweh, Hallingstr. 7.
Görz i. Schl.: Kurt Schmal, Bautzenstr. 18 III.
Gotha: Karl Hoffmann-Ortbe, Mohrenstraße 31.
Greiz i. Vogtl.: Gehört jetzt z. Mitgliedsch. Reichenbach i. V.
Grimma i. S.: Paul Gey, Prophetenberg 3.

Halberstadt: Lorenz Tölkem, Augustenstraße 6.
Halle a. S.: Max Strietzel, Thomastusstraße 34.
Hamburg: Anfragen sind zu richten: An L. Ulrich, im Verbandsbureau, Hamburg I, Besenbinderhof, 57, IV, Zimmer 56. (Gewerkschaftshaus.)
Hanau a. M.: H. Weber, Kl. Steinheim bei Hanau, Wilhelmstraße 51.
Hannover: Max Peter, Am Kleinenfelde 22.
Harburg a. Elbe: W. Meyer, Postweg 8, pt.
Hechingen (Hohenzoll.): Gehört jetzt zu Stuttgart.
Heidelberg: Ferd. Bachert, Untere Neckarstr. 13.
Heidenheim a. d. Brenz: Christ. Böckler, Turnstr. 25.
Heilbronn a. N.: Hellmuth Brede, Pfühlstr. 60, a. I.
Herford i. Westf.: Fr. Tiemann, Karlstraße 82.
Hilburghausen: Max Hermes, Obere Braugasse 12.
Hildesheim: Fritz Koch, Hildesheim-Moritzburg, Elzerstraße 23.
Hirschberg i. Schl.: Hermann Friedrich, Cunnnersdorf bei Hirschberg i. Schl., Warmbrunnerstr. 2a.
Hof-Göbblenau: Geh. jetzt z. Mitgliedsch. Altwasser i. Schl.
Jena: Ernst Zacher, Lutherstr. 69, II.
Jericho i. Westf.: Heinrich Weindorf, Grafenstr. 8.
Itzehoe i. Holstein: Marlin Raum, Itzehoe-Sude, Helenestraße 19.
Kaiserslautern: F. Bößler, Fabrikstraße 8, II.
Karlsruhe i. B.: Ernst Haßler, Lessingstr. 70a III.
Kattowitz, O.-Schl.: A. Baron, Kronprinzenstr. 32 I.
Kaufbeuren i. Bay.: Martin Müller, Neugasse 24.
Kempen, Rhld.: Franz Beumers, Peterstr. 39.
Kiel: Hermann Hering, Steinstr. 13, I.
Kirchhain, N.-L.: Emil Lehmann, Schützenstr. 16.
Königsberg i. Pr.: Kurt Bowge, Artilleriestr. 38.
Lahr i. B.: Gustav Richter, Burghelm b. Lahr i. B.
Leipzig: Verb.-Bureau im Volkshaus, Zeitzerstr. 32, III, Zimmer 26, geöffnet v. 11-1 und 5-7 Uhr.
Auskünfte erteilen für:
- Lithogr. u. Steindr.: Das Verbandsbureau, s. o.
- Chemigr.: Reinhard Friedel, im Verbandsbureau (siehe oben).
- Lichtdr.: Carl Jentsch, Leipzig-Stötteritz, Baalsdorferstr. 50, pt.
- Formstecher: Otto Polster, Leipzig-Klein-zschocher, Klarastr. 6, I.

Loberbach, Rhld.: Auskunft erteilt der Gauleiter O. Bauknecht, Cöln a. Rh.-Sülz, Zülpicherstr. 335, III.
Lübeck: Johannes Kaehler, Dankwartsgasse 43, II.
Lüdenscheid i. W.: Arno Seltmann, Mark 143 IV.
Lüneburg: Franz Florentz, Abtspferdetranke 2, I.
Magdeburg: Gustav Lodsamptfer, Bahnhofstr. 49, III.
Mainz: Karl Kläber, Verbindungsweg 15.
Mannheim: L. Bartsch, Mittelstr. 36.
Marburg a. Lahn: F. Ackermann, Obere Rosenstr. 2.
Melsungen: Gehört jetzt zur Mitgliedschaft Saalfeld a. S.
Meissen i. S.: Arno Meyer, Cöllnerstr. 6 pt.
Metz: August Jehle, Metz-Queulen, Goebenstr. 28 II.
Möglitz (Bez. Dresden): Max Müller, Maxstr. 5, I.
Mühlhausen i. Th.: Wilh. Bock, Wanfriederstr. 142 a.
Mühlhausen i. E.: Gauleit. G. Richter, Burghelm b. Lahr, Bd.
München-Lith. u. Stdr.: Karl Guhra, Maßmannstr. 2, III.
- Chemigr. u. Kupferdr.: F. Schnell, Dachauerstraße 41, IV.
- Lichtdr.: M. Krämer, Nymphenburgerstr. 105, I.
- Phot. A. Sorger, Scheißeheimerstr. 85, I, I.
M.-Gladbach: Gehört jetzt zur Mitgliedschaft Rheydt.
Neuenaberg b. Frkt. a. M.: Gehört zu Frankfurt a. M.
Neurode i. Schl.: Joseph Sandler, Majorkestr. 1.
Niedersedlitz i. S.: Wilh. Pinkernell, Laubegast bei Dresden, Gustav-Hartmannstr. 2.
Nordhausen a. Harz: R. Scheibel, Petersberg 20.
Nürnberg-Steindr.: Franz Volk, Müggendorferstr. 42, IV.
- Lith. u. Lichtdr.: W. h. Schatt, Tucherstr. 33, I.
- Chemigr., Photogr. u. Kupferdr.: Hans Engelhardt, Schoppershofstr. 32, II.
Offenbach a. M.-Lith. u. Stdr.: Karl Neidl, Eisenbahnstraße 66, I.
- Chemigr.: Karl Hensel, Frankfurt a. M. Wittelsbacher Allee 139, I.
Offenburg i. B.: Karl Adam, Wasserstr. 12, IV.
Osnabrück: August Becker, Gr. Hamkenstr. 14, III.
Pforzheim i. B.: Karl Schaller, Gellertstr. 27, III.
Planen i. Vogtl.: Alfred Müller, Lessingstr. 38, II.
Posen: Gauleiter Alex. Czech, Berlin SO 16, Verbandsbureau Engelfur 15, III.
Potsdam: H. Hetzel, Nowawes b. Potsdam Kreuzstr. 5, pt.
Regensburg: Franz Jüngling, am Stärzenbach 10, II.
Reichenbach i. Vogtl.: Karl Spranger, Johannstr. 20, I.
Reimscheid i. Rhld.: Gehört jetzt z. Mitgliedsch. Solingen.
Rheydt (Bez. Düsseldorf.): Paul Scheufen, Hauptstr. 241.
Saalfeld a. S.: J. Meier-Durst, Knochnstr. 65.
Schleittau i. Erzg.: Gauleiter Paul Leinen, Dresden-Altst., Ritzenbergstr. 2, II.
Schramberg i. Wrtbg.: J. Weingärtner, Lauterbachstr. 59.
Schwabach b. Nürnberg: Gehört jetzt zur Mitgliedschaft Nürnberg.
Schwenningen a. N.: Geh. jetzt zur Mitgliedsch. Stuttgart.
Schwerin i. M.: H. Groth, Waisenstr. 29, II.
Schweldnitz i. Schl.: Georg Lormes, Burgstr. 19.
Selb i. Bayern: Eug. Schaub, Lith., Hofi. B., Bürgerstr. 22.
Solingen: Hermann Stracke, Neustr. 57.
Sprendlingen (Krs. Offenbach a. M.): Gehört jetzt zur Mitgliedschaft Frankfurt a. Main.
Stettin: Gustav Maurer, Pommernendörferstr. 13, H. 3.
Stoiberg i. Rhld.: Josef Schings, Schelleweg 30.
Strassburg i. E.: A. Auskunft durch Gauleiter Gust. Richter, Burghelm b. Lahr i. B.
Stuttgart-Lith. u. Stdr.: Friedrich Rieker, Lerchenstr. 32b.
- Chemigr., Phot. und Lichtdr.: Artur Herrmann, Rosenbergr. 51, I.
Tilsit: K. Busch, Rosenstr. 23, p.

Trier a. M.: Wilhelm Bär, Euchariusstr. 22.
Ulm a. D.: Konrad Köhle, Heidenheim a. Brenz, Schnaitheimerstr. 30.
Vierns, Rhld.: Alois Seuren, Rahrstr. 122.
Waldkirch in Bad.: Gehört jetzt zur Mitgliedsch. Lehr.
Weimar: Carl Zaubitzer, Oberweimar b. Weimar Nr. 87.
Wesel: Fr. Piecken, Niederstraße 39.
Wiesbaden: Gehört jetzt zur Mitgliedschaft Mainz.
Würzburg: Gg. Rees, Kroatengasse 22, I.
Würzen i. S.: Arthur Kögel, Eilenburgstr. 15.
Zeit: Arthur Keller, Aue b. Zeit, Weißenfelsstr. 8, I.
Zittau i. S.: Willi Fliege, Molkestr. 14 pt.
Zwickau i. S.: Max Gaebe, Roonstr. 10, II, b. Borrmann.

Haupt-Vorstand:
Otto Sillier, Hauptvorsitz., Wilh. Brall, Hauptkass.
Bureau: Berlin N. 24, Elsaßerstr. 86-88, III.
Telephon: Amt Nordren, 4268.

Revisoren der Hauptkasse:
Zuschriften an P. Magel, Treptow b. Berlin, Baum-schulenstraße 67.

Zentral-Ausschuss:
Fritz Beine, Vors., Dresden 34, Tolkewitzerstr. 88.

Redakt. d. Graph. Presse u. d. Graph. Jugend:
Adolf Domnick Berlin N 24, Elsaßerstr. 86-88, III.

Press-Kommission:
Max Goldhagen, Vorsitz., Leipzig-Gohlis, Planitz-straße 25, II.

Zentral-Kommissionen:
Technische Zentrale: Vors. H. Ronnger, Leipzig, Zeitzerstr. 32, Zimmer 26, Volkshaus.
Lithographen, Kartographen u. graph. Zeichner: Vors. H. Müller, Berlin SO 16, Engelfur 15, IV.
Steindruckere: Gust. Hoffmann, Berlin, S. O. 16 im Verbandsbureau, Engelfur 15, III, Zimmer 67.
Chemigraphen: Vors. M. Gragen, Berlin S. O. 16 Engelfur 15, III, Zimmer 67, im Verbandsbureau.
Lichtdrucker: Vors. Franz Trapp, Berlin O 34, Tilsiterstraße 26, IV.
Photographen: Vors. Wilh. Hänlein, Berlin N 24, Elsaßerstraße 86-88, III.
Formstecher: Vors. und Zentralarbeitsnachweis: Karl Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstr. 25, II.
Kupfer- u. Tiefdrucker: Vors. Kilian Wolf, Neu-kölln bei Berlin, Weserstraße 93.
Zentral-Lehrlings-Kommission: I. V. Johs. Haß, Berlin N. 24, Elsaßerstr. 86-88, III.

Gau-Vorstände:
Gau I, Berlin: Alex. Czech, Berlin SO 16, Engel-üfer 15, III, Zimmer 67/68, Gewerkschaftshaus.
Gau II, Breslau: Otto Forchmann, Breslau II, Boh-rauerstr. 12 a.
Gau III, Hamburg: L. Ulrich, im Verbandsbureau, Hamburg I, Besenbinderhof 57, IV, Zimmer 50. (Gewerkschaftshaus).
Gau IV, Cöln a. Rh.: Otto Bauknecht, Cöln a. Rh.-Sülz, Zülpicherstr. 335, III.
Gau V, Leipzig: Ernst Herbst, Zeitzerstraße 32, III, Zimmer 26, Volkshaus.
Gau VI, Dresden: P. Leinen, Dresden-A., Ritzenber-gstraße 2, II, Volkshaus.
Gau VII, Frankfurt a. M.: Karl Hensel, Frankfurt a. M., Wittelsbacher Allee 139, I.
Gau VIII, Lahr i. B.: G. Richter, Burghelm b. Lahr i. B.
Gau IX, Karlsruhe: I. V. Ludwig Schweinfurth, Karls-ruhe i. B., Markgrafenstr. 26.
Gau X, Stuttgart: Gottlieb Kieß, Stuttgart-Heslach, Gebelsbergstr. 103.
Gau XI, München: Oskar Dürr, München, Pflingenser-straße 94, IV.
Gau XII, Nürnberg: Franz Volk, Nürnberg, Müggendorferstr. 42, IV.

Tarifamt und Zentral-Arbeitsnachweis für Deutschlands Chemigraphen und Kupfer-drucker:
Geschäftsführer: Richard Köhler, Berlin SW 68, Markgrafenstr. 73, III.
Gehilfen-Vorsitzender: Albert Hehr, Berlin-Schöne-berg, Eberstr. 34, III.
Gehilfenvertreter des Tarif-Ausschusses:
Kreis I: Georg Förster, Berlin-Wilmersdorf, Sieg-maringenstr. 32, II.
- II: Reinh. Friedel, Leipzig im Verbandsbüro, Zeitzerstr. 32, III.
- III: Jos. Stettner, München, Baaderstr. 65, I.
- IV: Karl Popp, Stuttgart-Gablenberg, Seestr. 10.
- V: Ernst Rott, Düsseldorf, Birkenstr. 87.

Arbeitsnachweise der Chemigraphen:
Berlin: Verw. Richard Köhler, Berlin SW 68, Markgrafenstr. 73, III.
Dresden: „ Rob. Satzinger, Dresden-A. 19, Kiegeisenstr. 11, IV.
Leipzig: „ Emil Berger, Leipzig, Langestr. 11, III.
München: „ Alois Mayer, München, Pilgersheimerstr. 9, III.
Düsseldorf: „ Gustav Grosse, Stuttgart, Seyfferstr. 20, IV.
Duiseldorf: „ Franz Elterack, Düsseldorf, Karolingerstr. 72, III.

Tarifamt f. d. deutsche Lichtdruckgewerbe:
Geschäftsführer: Franz Trapp, Berlin O 34, Tilsiter-straße 26, IV.
Gehilfenvertreter des Tarif-Ausschusses:
Vorsitzender: Fritz Dressler, Berlin O 112, Samariterstr. 10.
Kreis I: Ludw. Ulrich, Hamburg I, Besenbinderhof 57, IV, Zimmer 50.
- II: R. Trachsel, Berlin-Schöneberg, Oranienwälderstr. 93.
- III: Carl Jentsch, Leipzig-Stötteritz, Baalsdorferstr. 50, pt.
- IV: Emil Rädcl, Dresden-A. 21, Glashütterstr. 55, II.
- V: Josef Fahnner, München, Schellingstr. 60.
- VI: Emil Pflüger, Cannstatt b. Stuttgart, Eisenbahnstr. 8.

Zentral-Arbeitsnachweis der Lichtdrucker:
Paul Janzen, Berlin O 112, Simon-Dachstr. 39, H. II.